

come together ||| fight together ||| stay together

no border... no nation... stop deportation...



nicht nur

Afghanistan



www.redside.tk

www.fluchtursachen.tk



immer montags ab 19 Uhr: Volksküche
im Stadtteilladen Schwarze Katze, Untere Seitenstr.1 Nürnberg

Im Dezember 2016 hat die BRD begonnen, Sammelabschiebungen nach Afghanistan durchzuführen. Dazu wurde ein Charterpaket für 15 Abschiebungen von der italienischen Fluggesellschaft Meridiana gekauft. Eine Neubewertung der Sicherheitslage bevor dieses Kontingent aufgebraucht ist lehnt das deutsche Innenministerium ab. Afghanische Geflüchtete sind nach der Gruppe der SyrerInnen die größte ethnische Gruppe Geflüchteter in der BRD. Die Bundeswehr ist seit 2001 in Afghanistan im Einsatz, derzeit noch mit über 1000 Soldaten. 90% der internationalen Hilfsgelder fließen in den Aufbau militärischer Infrastruktur, an vielen Projekten verdient die deutsche Rüstungsindustrie.

Die Sicherheitslage in dem seit 39 Jahren im Kriegszustand befindlichen Land ist verheerend, ganz zu schweigen von der ökonomischen und sozialen Situation.

- 3498 Zivilisten wurden 2016 bei Anschlägen getötet, 7920 verletzt, die höchste Zahl seit 2009
- die Taliban kontrollieren 2017 mehr Gebiete als vor der US-Invasion 2001
- das afghanische Ministerium für Geflüchtete, erklärt 2016, 31 von 34 afghanischen Provinzen seien unsicher und der afghanische Staat könne abgeschobene Geflüchtete nicht versorgen
- 60% der afghanischen Kinder sind mangelernährt
- Frauen dürfen ihr Haus nicht mehr ohne Zustimmung ihres Mannes verlassen und sind verpflichtet dem Mann jederzeit sexuell zur Verfügung zu stehen
- das auswärtige Amt warnt vor Reisen nach Afghanistan:

„Bombenanschläge, bewaffnete Überfälle und Entführungen gehören seit Jahren in allen Teilen von Afghanistan zum Angriffsspektrum der regierungsfeindlichen Kräfte“
„Jeder längerfristige Aufenthalt ist mit zusätzlichen Risiken behaftet.“

„Reisende können daher jederzeit und ohne selbst beteiligt zu sein in lebensbedrohende Situationen geraten. Außerdem kann es landesweit zu Attentaten, Überfällen, Entführungen und anderen Gewaltverbrechen kommen.“

Mehr als jeder zweite Asylantrag von afghanischen Geflüchteten wird abgelehnt.

Keine Abschiebung – von niemand – nirgendwohin!

Menschen aus Afghanistan stehen häufig im Fokus der Aufmerksamkeit, wenn es um die Verhinderung von Abschiebungen geht. Der deutsche Staat setzt aber insgesamt auf eine immer rigidere Abschiebepolitik. Ein tatsächliches Recht auf Asyl besteht in der BRD kaum. Nach den Dublin Richtlinien muss jederR Flüchtling in dem EU-Land Asyl beantragen, in dem er/sie als Erstes angekommen ist – für viele bedeutet dies die Ausweisung Richtung Ungarn, Griechenland oder Italien. Die Definition sicherer Herkunftsstaaten schafft Abschiebemöglichkeiten nach Afghanistan, in die Ukraine, in Balkanstaaten. Menschen, die vor dem Tod durch Verhungern oder vor den Auswirkungen der Klimakatastrophe fliehen werden als „Wirtschaftsflüchtlinge“ diffamiert und abgeschoben. Frauenspezifische Fluchtgründe werden häufig nicht anerkannt, vielen Frauen ihre persönliche Leidensgeschichte schlicht nicht geglaubt. Teil einer verfolgten Menschen- gruppe zu sein ist kein Asylgrund, da keine individuelle Verfolgung vorliegt - für viele Sinti und Roma oder Oromo die sichere Ausweisung.

Gegen diese Praxis gibt es häufig individuellen Widerstand und dabei auch solidarische Unterstützung durch unzählige „HelferInnen“. Ebenso wie es einzelne große Kampagnen zu Abschiebungen, zum Beispiel nach Afghanistan, gibt. Das ist richtig und gut so – aber es reicht nicht aus! Der Staat arbeitet eine „Herkunftsgruppe“ nach der anderen ab und behandelt sie isoliert, um Solidarität zu verhindern. Diese Isolierung gilt es zu überwinden, und gemeinsam zu kämpfen! Nur zusammen und nur, wenn auch die bisher „nur“ helfenden den Schritt von der Unterstützung und Hilfe zum gemeinsamen Kampf gehen, können wir langfristig etwas gegen das unmenschliche Asylregime erreichen. Ein Asylgesetz, das faktisch kaum jemandem Schutz gewährt und unzählige zurück in Folter, Hunger oder Verfolgung schickt müssen wir als Ganzes angreifen und ein uneingeschränktes und dauerhaftes Bleiberecht für alle durchsetzen! Dafür wollen wir zusammen kämpfen!

Warum zusammen kämpfen?

Die Menschen, die nach jahrelanger Flucht und Strapazen hierherkommen, fliehen vor derselben Politik, die hier unsere Renten zerstört, den Niedriglohnsektor boomen und Mietpreise explodieren lässt, die Hartz IV EmpfängerInnen stigmatisiert und Sozialleistungen zerstört. Die Verantwortlichen für die immer weiter steigende Armut hier sind dieselben, die für Krieg, Klimakatastrophen, Hungersnöte und Diktaturen direkt oder indirekt verantwortlich sind! Die ProfiteurInnen sitzen in den Lobbyverbänden, Aufsichtsräten und Beratungsgremien und sorgen dafür, dass die Politik in ihrem Sinne vorangetrieben wird und die Profite steigen.

Was also sonst tun als zusammen kämpfen?

Getroffen werden alle von dieser Politik: Die einen haben dabei das „Glück“ in einem der imperialistischen Zentren geboren zu sein, inklusive Altersarmut, sinkenden Reallöhnen oder Billigjob, die anderen versuchen hierher zu kommen weil sie vor Ausbeutung und Unterdrückung oder den globalen Folgen der Profitwirtschaft fliehen. Der Kapitalismus spaltet uns, die arbeitende Klasse, und schafft für einige Sondergesetze, für andere Privilegien, für die nächsten Sanktionen. Die grundlegenden Bedürfnisse, die die Interessen aller Menschen ausmachen, sind aber für alle die gleichen: Wohnen, Essen, körperliche Unversehrtheit, soziale und kulturelle Teilhabe... Die Erfüllung der Bedürfnisse wird von denen verhindert, die auch für die Ursachen von Flucht und Vertreibung verantwortlich sind. Die Frage ist also: Vor wem hast du mehr Angst, vor Schutzlosen, die flüchten oder dem Staat, der dich im Interesse der Wirtschaft, des Kapitals, belügt, betrügt, überwacht und beklaut?

come together ||| fight together ||| stay together

Und wer wird eher mit Dir zusammen kämpfen, für Deine Interessen, die sich kaum von denen Deiner Mitmenschen unterscheiden? Richten wir unsere Wut über die herrschenden Verhältnisse gemeinsam auf die Richtigen! Die ProfiteurInnen, die VerwalterInnen, die VerteidigerInnen des Kapitalismus! Kommen wir zusammen, kämpfen wir zusammen, bleiben wir zusammen!